



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Die Aufnahme jüdischer Zuwandernder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion



Integration

Inhalt

1.	Grußwort des Präsidenten	4
2.	Textbeiträge	6
2.1	Das Aufnahmeverfahren jüdischer Zuwandernder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – Ein geschichtlicher Überblick	7
2.2	Das BAMF und die jüdische Zuwanderung	15
2.3	Interviewvorstellung: Jüdische Gemeinde Kiel	19
2.4	Expertiseinterview: Religionswissenschaftlerin Dr. Inna Feigina	24
2.5	Porträt: Jung und jüdisch – Lars Umanski	30
2.6	Projekt zur Integration jüdischer Zugewanderter: Gemeindecaching	33
2.7	Kurzinterview Gemeindecaching: Dr. Elisabeth Schlesinger	34
2.8	Kurzinterview Gemeindecaching: Anja Olejnik	36
2.9	Gemeindecaching: Zitate Teilnehmender	38
3.	Grafiken	39
3.1	Zeitstrahl: Jüdische Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland	40
3.2	Infografik: Zehn Fakten, die Sie über jüdische Zuwandernde aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wissen sollten	42
	Impressum	47

1. Grußwort des Präsidenten

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Im Jahr 2021 begannen wir, 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland zu feiern. Jüdische Geschichte und Kultur – das wird an diesem Datum und mit den Feierlichkeiten deutlich – gehören untrennbar zu unserem Land.

Als Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge freut es mich außerordentlich, dass meine Behörde einen Beitrag zum erneuten Aufblühen des jüdischen Lebens in Deutschland leisten konnte.

Das Bundesamt führt seit 2005 das Verfahren zur Aufnahme jüdischer Zuwandernder aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten durch. Insgesamt sind seit 1993 über 200.000 jüdische Zuwandernde nach Deutschland gekommen. Damit haben wir die jüdische Gemeinde in Deutschland weiter gestärkt.

Das Bundesamt ist nicht nur für die Aufnahme jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer zuständig, mein Haus fördert auch ihre Integration. Mit gezielten Maßnahmen und Projekten erleichtern wir das Ankommen in Deutschland und den Zugang zum jüdischen Leben vor Ort.



Dr. Hans-Eckhard Sommer

Quelle: © BAMF

Wir arbeiten dabei eng mit der jüdischen Zivilgesellschaft zusammen. Besonders freue ich mich darüber, dass wir in den Jahren 2021 und 2022 gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden und dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus das Projekt „Gemeindecoaching“ zur Stärkung und Weiterentwicklung der jüdischen Gemeinden in Deutschland starten konnten.

Meine Damen und Herren, das Bundesamt wird auch in Zukunft seinen Beitrag zur Weiterentwicklung jüdischen Lebens in Deutschland leisten. Dazu gehört auch, jeder Form von Antisemitismus entschlossen entgegenzutreten.

Das jüdische Leben in Deutschland ist heutzutage wieder vielfältig und bunt. Das ist gut und wichtig. Möge es sich weiterhin gedeihlich entwickeln.

Dr. Hans-Eckhard Sommer
Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

2. Textbeiträge



2.1 Das Aufnahmeverfahren jüdischer Zuwandernder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – Ein geschichtlicher Überblick

Aufnahme jüdischer Zuwandernder von 1990 bis 2005

NACHDEM die Regierung der ehemaligen DDR beschlossen hatte, jüdische Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion in der DDR aufzunehmen, wurde die Aufnahme nach der Wende von der Bundesrepublik Deutschland weitergeführt und neu geregelt. Am 9. Januar 1991 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, die Einreise jüdischer Zuwandernder aus der ehemaligen Sowjetunion nach dem „Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommenen Flüchtlinge“ (sogenanntes Kontingentflüchtlingsgesetz) zu ermöglichen. Aufgenommen wurden Menschen, die jüdisch sind bzw. mindestens einen jüdischen Elternteil haben – zusammen mit ihren Eheleuten und ihren Kindern. Das Verfahren wurde in Zusammenarbeit mit den Bundesländern durch das Auswärtige Amt über die Auslandsvertretungen in den Herkunftsländern der ehemaligen Sowjetunion durchgeführt.

Neue Regelungen der Aufnahme jüdischer Zuwandernder ab dem Jahr 2005

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde die jüdische Zuwanderung neu geregelt, das Kontingentflüchtlingsgesetz entfiel.

Rechtsgrundlage waren der geänderte § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und die auf dieser Grundlage erteilte Anordnung des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 24. Mai 2007. Dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurde hiermit die Zuständigkeit für die Durchführung des Aufnahmeverfahrens für jüdische Zuwandernde aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Staaten übertragen.

Es wurden neue Voraussetzungen für die Aufnahme in Deutschland geschaffen. Das Aufnahmeverfahren orientierte sich vor allem auch an den Integrationsmöglichkeiten jüdischer Zuwandernder in Deutschland bzw. in einer der hiesigen jüdischen Gemeinden. Die Zentrale Wohlfahrtstelle für Juden (ZWSt) und die Union Progressiver Juden (UPJ) sind bei der Frage der Aufnahmemöglichkeiten in einer der jüdischen Gemeinden in Deutschland eng eingebunden.

Einrichtung eines Beirats Jüdische Zuwanderung

Der Minister des Bundesministeriums des Innern hat im Rahmen der Neuregelung des Aufnahmeverfahrens im Jahr 2005 einen Beirat eingerichtet (Mitglieder sind die Länder, das Auswärtige Amt, der Zentralrat der Juden, die Union Progressiver Juden und das BAMF; der Vorsitz obliegt dem BMI). Aufgabe des Beirats ist die Vorbereitung, Begleitung und Überprüfung des Aufnahmeverfahrens. Die laufenden Geschäfte für den Beirat führt das BAMF (Geschäftsstelle des Beirats).

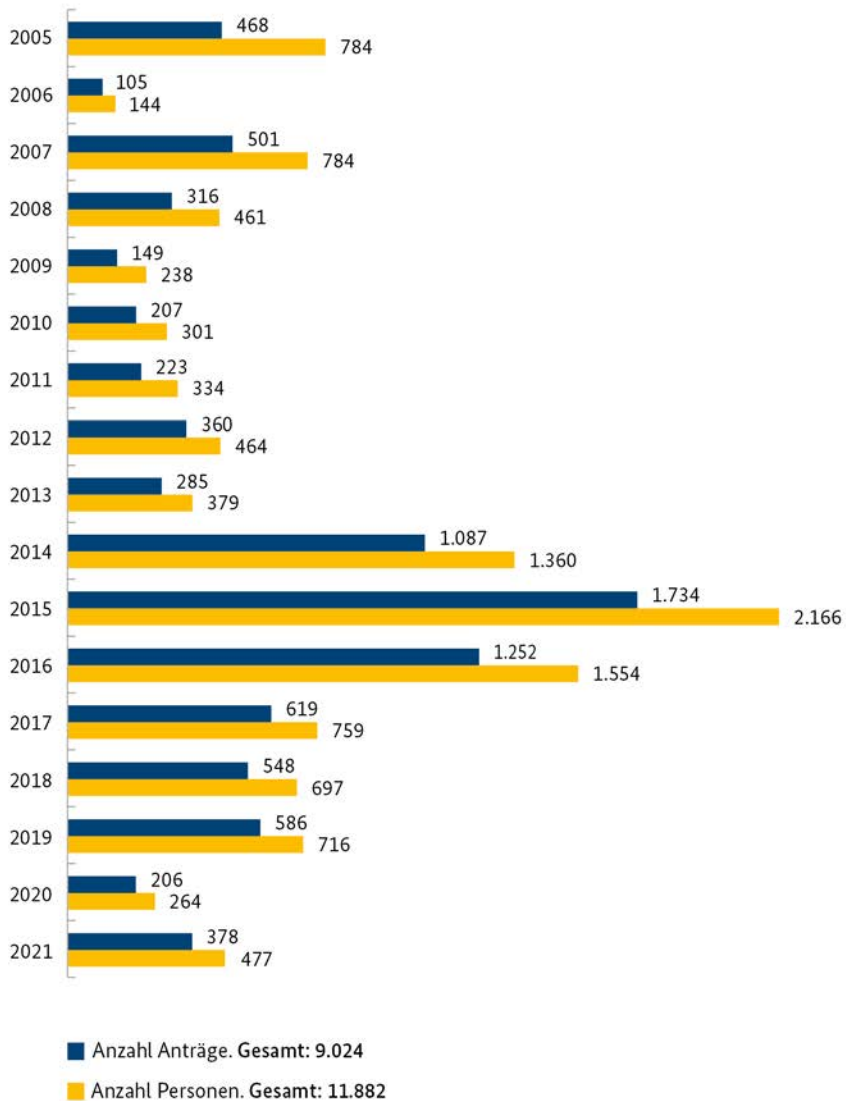


Quelle: © iStock | golero

Entwicklung der Zuzugszahlen jüdischer Zuwandernder

Seit 1993 sind über 200.000 jüdische Zuwandernde einschließlich ihrer Familienangehörigen aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland zugewandert. Waren es zwischen den Jahren 1995 und 2003 im Durchschnitt pro Jahr über 15.000 Zuwandernde, sank die Zahl in den Folgejahren ab 2006 deutlich ab. Die Ursachen für diesen Rückgang sind heterogen. Ein Zusammenhang dürfte mit im Laufe der Jahre verbesserten Lebensbedingungen in den Herkunftsländern bestehen, aber auch die seit dem Jahr 2005 veränderten Aufnahmebedingungen tragen mit zu dieser Entwicklung bei.

Antragszahlen 2005 – 2021



Die politischen Entwicklungen in der Ost-Ukraine haben ab dem Jahr 2014 zu einer Zunahme der Anträge auf Aufnahme in Deutschland geführt. Die Bearbeitung dieser Anträge erfolgt vorrangig und bei einer Aufnahme ist es in diesen Fällen ausnahmsweise möglich, den Nachweis über Grundkenntnisse der deutschen Sprache innerhalb von zwölf Monaten nach der Einreise zu erwerben (Anpassung der Anordnung des BMI im Januar 2015).

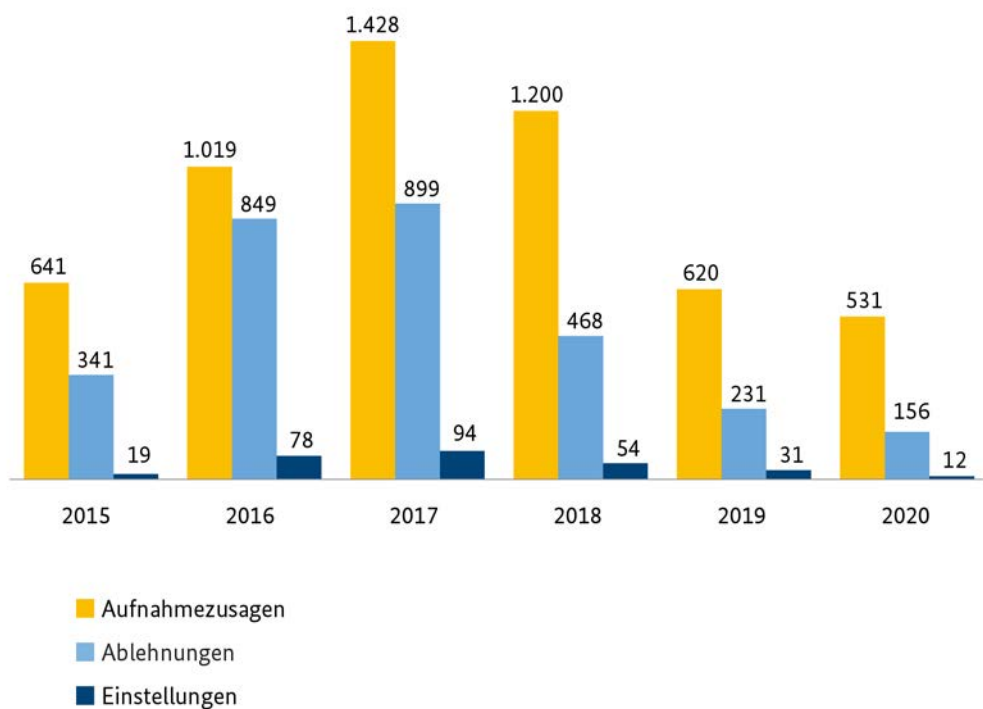
Im Laufe der Zeit wurden die neuen Aufnahmebedingungen immer wieder auf den Prüfstand gestellt und evaluiert.

Nachweis der jüdischen Abstammung

Eine wesentliche Aufnahmevoraussetzung des im Jahr 2005 neu aufgestellten Zuwanderungsverfahrens ist der Nachweis der jüdischen Nationalität bzw. der jüdischen Abstammung. Dieser Nachweis erfolgt durch staatliche, vor dem Jahr 1990 ausgestellte Personenstandsurkunden (Geburts-, Abstammungs-, Heirats- oder Sterbeurkunden nach dem deutschen Personenstandsrecht).

Der Nachweis wurde im Jahr 2011 um einige zusätzliche Dokumente erweitert, da aus manchen Personenstandsurkunden die Volkszugehörigkeit „jüdisch“ nicht hervorging, sondern nur die Gesamtschau aller Dokumente die jüdische Zugehörigkeit bzw. Abstammung belegte. Zudem wurde im Jahr 2015 der Abstammungsnachweis auf die Großelterngeneration erweitert – vorher konnte die Abstammung nur von einem jüdischen Elternteil nachgewiesen werden –, da die mittlerweile jüngere Generation der jüdischen Zuwandernden ihre Abstammung nur mit Urkunden der Großeltern belegen konnte.

Entscheidungen 2015 – 2020



Integrationsprognose

Ein maßgebliches Steuerungselement für die jüdische Zuwanderung ist seit dem Jahr 2005 die sogenannte positive Integrationsprognose. Diese Prognose belegt die Aussicht auf eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes im Falle der Einwanderung nach Deutschland. Die Integrationsprognose wird auf Grundlage eines Punktekatalogs getroffen. Als Kriterien für ein hohes Integrationspotenzial gelten zum Beispiel ein niedriges Lebensalter, die schulische und berufliche Qualifikation sowie die deutschen Sprachkenntnisse. Das familiäre Umfeld und die Mitgliedschaft in einer jüdischen Organisation werden mitberücksichtigt.

Das Punktesystem wurde im Laufe der Zeit mehrfach angepasst.

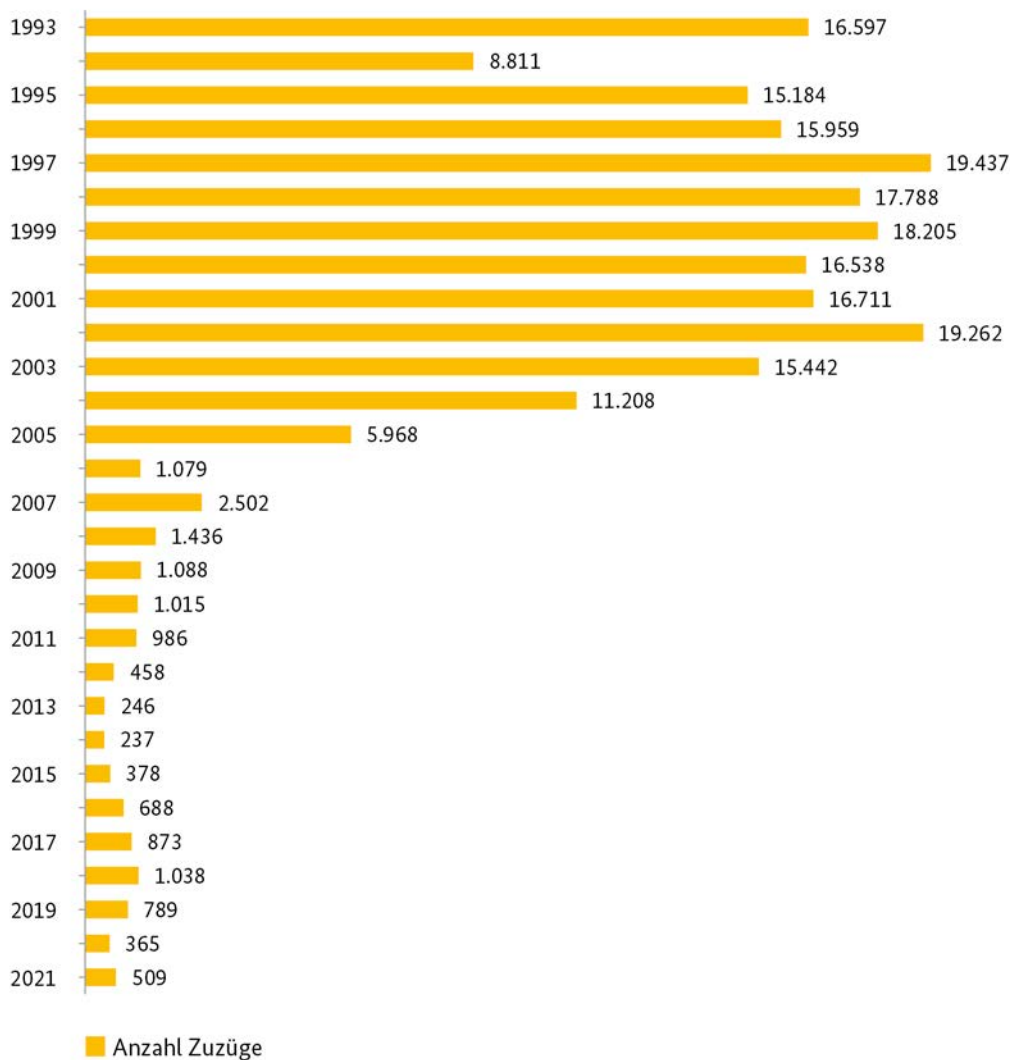
Mehrfache Anpassung des Punktesystems

Eine umfassende Evaluierung des Punktesystems im Jahr 2009 hat zu einer Erhöhung der maximal erreichbaren Punktzahl beim Alter sowie der Altersgrenze, bis zu der Punkte vergeben werden, geführt. Zudem wurde eine stärkere Gewichtung von Beschäftigungszeiten in bestimmten qualifizierten Berufen veranlasst.

Im Jahr 2011 gab es eine weitere Verbesserung des Punktesystems für junge, gut ausgebildete jüdische Zuwandernde.

Die neueste Anpassung der Integrationsprognose wurde im Jahr 2020 vorgenommen, indem beim Familiennachzug von jüdischen Eltern bzw. Elternteilen und Ehegatten von jüdischen Zuwandernden von einer Integrationsprognose abgesehen wird, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Die Integrationsprognose wird auch nicht für volljährige jüdische Kinder mit schwerer Behinderung erstellt, die im Familienverband nach Deutschland einreisen wollen.

Einreisezahlen 1993 – 2021



2.2 Das BAMF und die jüdische Zuwanderung

S EIT Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Januar 2005 haben jüdische Zuwandernde die Möglichkeit einer Aufnahme in Deutschland auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist zuständig für die Organisation, Koordination und Abwicklung des Aufnahmeverfahrens für jüdische Zuwandernde aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Es ist Mitglied des im Jahr 2005 gegründeten Beirats Jüdische Zuwanderung, der das Aufnahmeverfahren vorbereitet hat, begleitet und überprüft.

Aufgaben des Bundesamtes im Bereich jüdischer Zuwanderung:

Mit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde die jüdische Zuwanderung neu geregelt, das Kontingentflüchtlingengesetz entfiel.

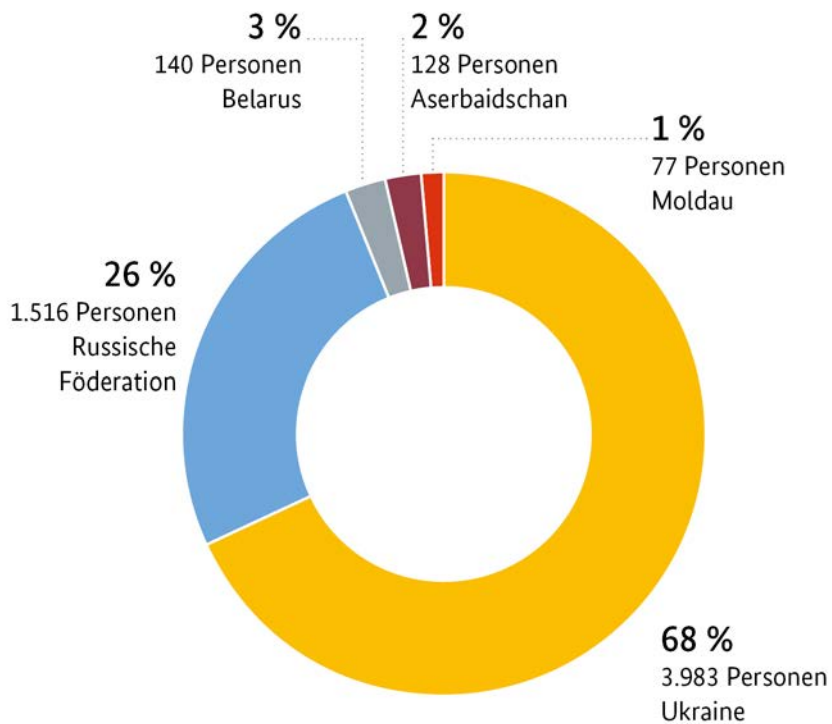
- **Organisation, Koordination und Abwicklung des Aufnahmeverfahrens von jüdischen Zuwandernden**
- **Geschäftsstelle des Beirats Jüdische Zuwanderung**
- **Förderung der Integration jüdischer Zuwandernder in Deutschland sowie Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland**



Quelle: © iStock | Alex Potemkin

Die Bearbeitung und Entscheidung von Anträgen von jüdischen Zuwandernden obliegt dem Aufgabenbereich des Bundesamtes. Für jüdische Zuwandernde aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gelten in Deutschland besondere Aufnahmevoraussetzungen (z. B. Nachweis der jüdischen Abstammung, Integrationsprognose, Aufnahme in einer jüdischen Gemeinde in Deutschland). Anträge auf Aufnahme können ausschließlich an den deutschen Auslandsvertretungen in den Herkunftsländern gestellt werden.

Herkunftsländer nach Antragszahlen 2015 – 2020



Integrationsarbeit für jüdische Zugewanderte in Deutschland

Um jüdisches Leben in Deutschland zu stärken und die Integration der jüdischen Zugewanderten zu unterstützen, fördert das Bundesamt verschiedene Maßnahmen und Projekte, die von jüdischen Gemeinden durchgeführt werden, aber auch von größeren jüdischen Organisationen wie zum Beispiel dem Zentralrat der Juden in Deutschland. In diesen Projekten werden die Zugewanderten nicht nur beim Ankommen in einem neuen Land unterstützt, sondern erhalten auch die Chance, sich mit dem jüdischen Leben vor Ort vertraut zu machen.

Quelle: © Landesverband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein



2.3 Interviewvorstellung einer jüdischen Gemeinde

Zuwanderung bereichert jüdisches Leben

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) führt seit 2005 das Verfahren zur Aufnahme jüdischer Zuwandernder aus der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten durch. Insgesamt sind seit 1993 über 200.000 jüdische Zuwandernde nach Deutschland gekommen. Anlässlich des Festjahrs „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ spricht Julia Kharytonova, 3. Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Kiel, über ihre Erfahrungen.

Frau Kharytonova, Sie selbst sind Ende 1995 als Jugendliche mit ihren Eltern aus der Ukraine nach Deutschland ausgewandert. Was waren Ihre Erfahrungen?

Damals haben, so wie wir, viele Jüdinnen und Juden das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verlassen. Sie suchten einen Neuanfang an einem Ort, wo sie ihr Judentum ausleben konnten – in einem Land, das für Religionsfreiheit steht und sich aktiv gegen Antisemitismus einsetzt. Zu Sowjetzeiten waren Religion und Glaube nämlich vom Staat eingeschränkt oder sogar bekämpft worden.

Eine Folge davon war, dass auch bei den jüdischen Auswanderinnen und Auswanderern oft wenig Wissen über den eigenen Glauben vorhanden war. So ging es auch mir. Wir haben zwar zu Hause jüdische Feiertage gefeiert und von der Großmutter koschere Rezepte gelernt. Aber die tiefere Bedeutung dahinter kannte ich zunächst nicht. Das haben ich und viele andere dann in den jüdischen Gemeinden in Deutschland kennen und schätzen gelernt.

**Wie beschreiben Sie das Ankommen in Deutschland?
Wie läuft die Integration der jüdischen Zuwandernden?**

Es war und ist eine beidseitige Herausforderung. Als erstes ist da die sprachliche Barriere. Integration beinhaltet aber noch vieles mehr, was die Menschen erfahren und lernen müssen, als nur die Sprache zu lernen. Hier hat sich aber viel getan in den letzten Jahren.

Integration aktiv unterstützen

Zum Beispiel gibt es Angebote wie das BAMF-Projekt „Gemeinsam leben wir in Schleswig-Holstein“. Dabei wird ein Netzwerk aufgebaut mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins. Dadurch vernetzen und stärken sich die sechs Mitgliedsgemeinden untereinander und können gemeinsame, interreligiöse und interkulturelle Aktionen anbieten. Solche Netzwerke und Kooperationen mit dem BAMF gibt es inzwischen in vielen deutschen Städten.

In unserem Kieler Projekt arbeiten wir mit Migrantinnen und Migranten – darunter Jüdinnen und Juden ebenso wie Musliminnen und Muslime und Menschen anderer Glaubensrichtungen. Für sie schaffen wir Räume der Begegnung und vermitteln Tandempartner zur Integrationsbegleitung. Dieses Land kann nur zur Heimat werden, wenn die Menschen integriert sind. Dann haben sie Toleranz und Verständnis füreinander und bilden für die nächsten Generationen ein Fundament.

Antisemitismus entgegentreten

Was sind aktuelle Herausforderungen für jüdische Zugewanderte?

Wir sind auf dem Weg, weiterhin erfolgreich Integration umsetzen zu können. Ein Problem, das aber nach wie vor existiert, ist Antisemitismus. Nach dem Terroranschlag in Halle ist das für viele wieder sehr präsent geworden. Alle Gemeinden mussten bei der Sicherheit aufrüsten. Ich würde aber gerne Besucherinnen und Besucher begrüßen – ohne, dass sie zuerst durch die Zäune und Kontrollen müssen. Auch in der Schule traut sich nicht jedes Kind, sich offen zu seinem jüdischen Glauben zu bekennen.

Bei den Älteren belasten außerdem oft soziale Fragen. Sie bekommen ihre Arbeitszeit in der Sowjetunion nicht auf die Rente angerechnet. Und so sind viele, obwohl sie jahrzehntelang in Deutschland gearbeitet haben, auf Grundsicherung angewiesen.

Quelle: © Landesverband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein



Wie gehen Sie diese Themen an? Wie begegnen Sie Antisemitismus und sozialen Herausforderungen?

Gegen Antisemitismus arbeiten wir in zahlreichen Projekten. Große Resonanz hat beispielsweise das Zeitzeugen-Theater erfahren, bei dem Schülerinnen und Schüler mit Menschen zusammengewirkt haben, die während des Holocaust oder später in der Sowjetunion verfolgt wurden. Gut begleitet und unterstützt werden wir durch unseren Landesverband, der Mitglied der Union Progressiver Juden ist und auch im Zentralrat der Juden in Deutschland vertreten ist.

Quelle: © Landesverband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein



Die soziale Arbeit ist ebenfalls ein wichtiger Teil unseres Wirkens. Als Jüdinnen und Juden ist es unsere Pflicht, für die Älteren und für kranke Menschen da zu sein. Deshalb gibt es hier ein starkes, ehrenamtliches Engagement.

Religiöser und sozialer Angelpunkt

Welche Bedeutung haben die jüdischen Gemeinden für die Zuwandernden?

Viele Zuwandernde sind über die Gemeinden erstmals intensiv mit ihrem Glauben in Berührung gekommen. Der religiöse Aspekt ist nach wie vor ein zentraler. Aber auch in anderen Bereichen bieten wir für alle Altersgruppen Aktivitäten an. Zum Beispiel soziale Beratungen oder Familien-Integrationszentren wie die „Kulturpalette“ in Kiel. Ausdrücklich stehen Angebote dabei auch Nicht-Gemeindemitgliedern offen. Die jüdischen Gemeinden sind also auch soziale Anlaufpunkte.

Wie haben umgekehrt die Zugewanderten die Gemeinden mitgeprägt?

Sie waren an Neugründung und Aufbau vieler Gemeinden beteiligt und gestalten jüdisches Leben in Deutschland spürbar mit. Als ich 1995 nach Kiel kam, gab es dort noch keine liberale jüdische Gemeinde. An deren Gründung 2004 beteiligten sich auch die Zugewanderten und sind seitdem aktiv geblieben. Dass solches Engagement wirkt, zeigt sich unter anderem am Mitgliederzuwachs: Von rund 20 Personen bei der Gründung sind wir heute bei 220 angekommen. Und der Einsatz unserer vielen Ehrenamtlichen ermöglicht es, in zahlreichen Bereichen des sozialen und kulturellen Miteinanders wichtige Impulse zu setzen.

Das Interview führte Martin Recktenwald.

2.4 Expertiseinterview: Religionswissenschaftlerin Dr. Inna Feigina



Dr. Inna Feigina
Quelle: © privat

Chance für ein lebendiges jüdisches Leben in Deutschland

DIE Religionswissenschaftlerin Dr. Inna Feigina hat sich im Rahmen ihrer Doktorarbeit an der Universität Leipzig mit dem Thema: „Religion und Veränderung: Jüdische Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion“ befasst. Die 35-Jährige stammt selbst aus Kirgistan und arbeitet nun im jüdischen Frauenverein BeReshith, einem Netzwerk jüdischer Frauen in Sachsen-Anhalt als Leiterin des Projekts „WIR – Werte, Identität, Rollen im Zeitalter der Migration“. Im BAMF-Interview spricht sie über die Chancen und Herausforderungen von Jüdinnen und Juden mit sowjetischem Migrationshintergrund sowohl in der deutschen Gesellschaft als auch in den jüdischen Gemeinden.

- 1. Sie haben Ihre Doktorarbeit geschrieben zum Thema „Religion und Veränderung: Jüdische Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion“. Warum haben Sie sich ausgerechnet dieses Themas angenommen?**

Obwohl ich selbst Jüdin und Religionswissenschaftlerin bin, habe ich mich erst mit dem Thema näher befasst, als ich nach Deutschland gekommen bin. Die jüdische Gemeindeentwicklung, die ich persönlich erleben durfte, hat mein Interesse geweckt. Ich habe verstanden, dass die Gemeinden hier, anders als in der ehemaligen Sowjetunion, keine kulturellen Vereine oder Wohlfahrtszentren sind, sondern vor allem einen religiösen Schwerpunkt haben. So kam ich durch meine persönlichen Beobachtungen zum Thema meiner Dissertation.

- 2. Warum war es aus Ihrer Sicht wichtig, dass die jüdische Immigration in den 1990er-Jahren nach Deutschland begonnen hat?**

In den 1990er-Jahren – vor der Zuwanderung – zählten die jüdischen Gemeinden deutschlandweit insgesamt nur 30.000 Mitglieder. In der Leipziger Gemeinde gab es beispielsweise 1991 genau 34 Jüdinnen und Juden. Die Altersstruktur war allgemein so angelegt, dass ihnen in einer gewissen Zeit eine Überalterung und letztendlich ein Aussterben drohte. Die jüdischen Einwanderinnen und Einwanderer konnten dem entgegenwirken. Sie sorgten für eine Wiederbelebung des jüdischen Lebens in Deutschland und eine Chance. Neue Synagogen wurden gebaut, etwa in Chemnitz oder in Mainz. Gemeinden entwickelten eine breite Palette an Aktivitäten und Einrichtungen. Es gibt jüdische Kindergärten, koschere Lebensmittelläden und Restaurants. Die Zuwanderung hat das jüdische Gemeindeleben stark verändert.

- 3. Was waren und sind die Beweggründe für Menschen jüdischer Abstammung aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland auszuwandern?**

Es gibt Studien, dass Migrantinnen und Migranten aus den 1990er-Jahren wegen der Instabilität ihrer Länder und des Antisemitismus sich für eine Auswanderung entschieden haben. Es gab schon vor dem Ende der Sowjetunion große

wirtschaftliche Schwierigkeiten und Unsicherheit. Bereits Ende der 1980er-Jahre kamen viele Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion in die DDR. Und die Lage hatte sich auch unmittelbar nach dem Ende der Sowjetunion in ihrer Heimat nicht geändert. Nach der Wende wurde die Aufnahme jüdischer Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland weitergeführt. 1991 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, die Einreise jüdischer Zuwandernder aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion in entsprechender Anwendung des Gesetzes über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge, des sogenannten Kontingentflüchtlingsgesetzes (HumHAG), zu ermöglichen.

Im Laufe der Jahre haben sich die Push- und Pull-Faktoren geändert. Der Wunsch, den eigenen Lebensstandard zu erhöhen, spielt mittlerweile eine größere Rolle. Aber auch die Möglichkeit, frei als Jüdin oder Jude in einem demokratischen Land zu leben. Dass sie sich Europa verbunden fühlen, hält viele Ausreisewillige davon ab, etwa in die USA zu gehen. Sie empfinden sich als Europäer.

Heute sind florierende jüdische Gemeinden die Folge der Zuwanderung.

4. Was bedeutet die Immigration für das jüdische Leben in Deutschland im Allgemeinen?

Deutschland hat nicht zuletzt aufgrund seiner Geschichte eine Verantwortung übernommen für das jüdische Leben in Deutschland. Und so war es natürlich auch für den Staat eine Chance, das jüdische Leben in Deutschland zu erhalten – und sicherzustellen, dass die jüdischen Gemeinden weiter bestehen können.

Die größte Herausforderung ist hierbei die Integration und die Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe der Zugewanderten. Dies kann nur geschehen in guter Zusammenarbeit des Staates mit den Gemeinden und den zugewanderten Menschen selbst.

Für diese gilt es, eine neue Sprache zu lernen, berufliche Perspektiven zu finden – und ihre eigene Identität. Denn sie leben mit sogenannten Teilidentitäten – der

ihrer Heimatländer, der jüdischen Identität sowie der deutschen. Es ist sehr komplex.

Und auch bei der jüdischen Identität gibt es ein unterschiedliches Verständnis von Jüdischsein. Vor allem die Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion sehen sich in einer ethnischen Zugehörigkeit, nicht in einer religiösen. Viele finden sich aber auch in beidem wieder.

5. Welche Rolle hatten und haben die Gemeinden bei der Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer?

Die Gemeinden hatten eine große Last zu tragen. Vielfach war die Infrastruktur für die vielen Menschen anfangs nicht vorhanden. Aber sie haben gut reagiert und einige soziale Angebote und Bildungsmöglichkeiten auf die Beine gestellt. Eine große Rolle spielte für sie auch, dass sich die Hinzugekommenen als Teil einer Gruppe gefühlt haben – und das war zugleich Teil der Integration in Deutschland.

Quelle: © adobe stock/ungvar



Natürlich haben nicht alle Menschen, die aus der Sowjetunion im Rahmen der jüdischen Zuwanderung kamen, in den Gemeinden Fuß gefasst. Jede und jeder entscheidet für sich selbst. Und selbstverständlich gab es Anfangsschwierigkeiten – etwa die Bedenken alteingesessener Mitglieder, dass sie zu einer Minderheit in ihrer Gemeinde werden könnten. Aber ich denke, inzwischen haben sich alle angepasst.

Bei der Wissensvermittlung über das Jüdischsein an sich machen sich zeitliche Veränderungen bemerkbar. Menschen, die in den 1990er-Jahren kamen, berichten davon, dass sie wenige Kenntnisse über das Judentum hatten. Die Menschen die ab den 2000er-Jahren kamen, wussten hiervon schon mehr. Hauptsächlich sind größere Kenntnisse über das Judentum den neuen Organisationen und dem umfangreichen Bildungsangebot zu verdanken. Wobei es auch regionale Unterschiede gibt. Menschen etwa aus dem heutigen Russland hatten in der Regel weniger Bezug zum Judentum als Menschen aus Zentralasien, so etwa in Usbekistan – denn in der Peripherie war es einfacher, einige Traditionen zu bewahren.

6. Wie wichtig ist gute Integrationsarbeit?

Wie kann sich diese gestalten?

Gute Integrationsarbeit ist sehr wichtig. Ich arbeite bei dem jüdischen Frauenverein BeReshith. Das ist Hebräisch und bedeutet „am Anfang“. In dem Projekt, das ich leite, geht es darum, Identität zu finden – durch die Integration in die Gesellschaft. Mit kreativen Angeboten richten wir uns an Migrantinnen und Einheimische. Alle sind willkommen. Zum Beispiel haben wir eine Schreibwerkstatt, in der Teilnehmende etwa Essays schreiben. Wir organisieren Lesungen, haben eine Theatergruppe und Diskussionsrunden und Workshops über Identität und Werte. So wollen wir den Migrantinnen auf dem Weg zu Selbstverwirklichung in Deutschland helfen.

Ich selbst hatte das Glück, dass ich, als ich zum Studium nach Deutschland gekommen bin, schon zuvor die Sprache an der Universität lernen konnte. Und über das Studium habe ich viele Kontakte knüpfen können. Austausch und Sprache sind für ein Ankommen besonders wichtig.

7. Stichwort Antisemitismus: Welche Rolle spielt dieser für das jüdische Leben in Deutschland, besonders auch für die Zuwandernden?

Antisemitismus ist immer besorgniserregend. Ich empfinde es als positiv, dass es auf deutscher Bundes- und Landesebene etwa Beauftragte gegen Antisemitismus gibt, die sich mit den entsprechenden Fragen beschäftigen. Bei dem Thema kann man aber nicht pauschalisieren. Es ist weder ein sowjetisches Problem noch ein deutsches. Antisemitismus existiert. Und man muss ihm entgegenen.

8. Blick in die Zukunft: Wie, denken Sie, wird sich das jüdische Leben durch die Zuwanderung weiter verändern?

Nur die wenigsten meiner Interviewpartnerinnen und -partner, die ich für meine Doktorarbeit befragt habe, haben daran gedacht, Deutschland zu verlassen. Es gibt jetzt schon viele Menschen mit jüdischem Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind. Sie sind Teil der Gesellschaft, sind hier zur Schule gegangen, haben hier studiert, arbeiten. Es gibt viele jüdische Einrichtungen und Organisationen. Ich denke und hoffe, dass das jüdische Leben in Deutschland lebendig bleiben wird.



2.5 Porträt: Jung und jüdisch – Lars Umanski



Lars Umanski

Quelle: © Dr. Clemens Tangerding

„Du bist also jüdisch, oder?“

Lars Umanski ist engagiert als stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Studierendenunion Deutschland

DIE Entscheidung, ob sich Lars Umanski in seiner Kindheit und Jugend zu seiner Religionszugehörigkeit bekennen wollte oder nicht, wurde ihm mehrmals von anderen abgenommen. In einer Telefon-Kontaktliste für Eltern in der Grundschule war vermerkt, dass der 1997 geborene Umanski Jude war. Auf dem Gymnasium sprach ihn ein Lehrer in einer Pause darauf an: „Du bist also jüdisch, oder?“. Danach redete die ganze Klasse von nichts anderem mehr. „Ein Mitschüler kam danach auf mich zu und erklärte mir, dass er kein Problem mit Juden habe. Warum sagt ein Zwölfjähriger so einen Satz?“, fragt sich Umanski noch heute. Nachdem der Lehrer ihn als Juden vorgestellt hatte, wurde er im Unterricht immer dann aufgerufen, wenn der Nahostkonflikt, der Holocaust und Antisemitismus behandelt wurden. „Genau bei diesen Themen richteten sich alle Blicke erwartungsvoll auf mich“, erklärt er. Was sich Umanski noch heute wünscht, ist, dass das jüdische Leben in Deutschland nicht nur auf Shoa oder Nahostkonflikt reduziert wird. „Jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist vielfältig und multiethnisch. Dies sollte einfach mehr zu Geltung kommen“, sagt der junge Mann. Heute setzt er sich

unter anderem dafür als stellvertretender Vorsitzender der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) ein.

In seiner Rolle bei der JSUD erlebt der Student oft dieselben Reflexe wie damals in der Schule. „Sobald es einen antisemitischen Vorfall oder einen Shoa-Gedenktag gibt, bittet uns die Presse um eine Erklärung dazu“, erklärt Umanski, der seit 2016 in Berlin lebt und Jura studiert. Er und seine Mitstreiterinnen und -streiter in der JSUD versuchen daher, den Blick auf das Judentum zu weiten. „Empowernde und engagierte junge Jüdinnen und Juden gestalten ein pulsierendes, facettenreiches sowie nachhaltiges jüdisches Leben in Deutschland und tragen zu einer vielfältigen und hassfreien Gesellschaft bei.“ Das ist die Vision der JSUD.

Vielfalt des jüdischen Lebens in die Gesellschaft tragen

„Wir feiern derzeit 1.700 Jahre Judentum in Deutschland. Aber kaum jemand in Deutschland kennt jüdische Kultur“, bedauert er. Das wolle die JSUD ändern.

„Bildung, Bildung, Bildung“, das sei der wichtigste Baustein, um die Vielfalt des jüdischen Lebens in die Gesellschaft zu tragen. Daher macht sich die JSUD für Reformen im Lehrplan stark und veranstaltet Campstage an Universitäten.

„Dort erfahren die Studierenden häufig zum ersten Mal, was wir an Jom Kippur feiern und dass es viele verschiedene Ausprägungen des Judentums gibt – sowie bei den Christen auch.“

Die Familie von Lars Umanski stammt aus der Ukraine. Sein Vater arbeitete als Flugzeugbauingenieur, seine Mutter als Maschinenbauingenieurin, die Ukraine bot ihnen jedoch zu wenig Perspektive. Daher beschloss die Familie 1997 auszuwandern. Der heutige Student selbst war damals gerade erst geboren worden. Der Vorname Lars sollte dem kleinen Baby einmal ein leichtes Leben in Deutschland bereiten. Außerdem stand er für das säkulare Judentum, dem die Eltern angehörten. „Meine Eltern haben sich in der Ukraine angewöhnt, ihr Judentum nicht an die große Glocke zu hängen“, erklärt Umanski, dem seine Eltern eine gewisse Verschwiegenheit in Bezug auf ihre jüdische Existenz mit auf den Weg gegeben haben. „In ihren sowjetischen Pässen stand, dass sie Juden waren. Das hat sie geprägt“, sagt der Student überzeugt. Und so hat er im Elternhaus mitgenommen, seine jüdische Existenz zwar selbstbewusst, aber nicht öffentlich auszuleben.

Die jüdische Gemeinde als „Safe Space“

Die Quotenregelung führte Familie Umanski nach Unna. Dort ließ sich der Vater zum Zerspanungsmechaniker umschulen. Seine Mutter hatte bereits während der Perestroika eine Ausbildung als Buchhalterin absolviert. „Meine Eltern wollten nichts mehr als sich zu integrieren“, erinnert sich Umanski. „Für sie war Integration gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit“, differenziert er. Schon zehn Jahre nach der Einreise kauften sie sich 2007 ein eigenes Haus. „Mein Vater hat dafür teilweise drei Schichten hintereinander gearbeitet. Manchmal habe ich ihn nur am Wochenende gesehen.“

Wie lebt Umanski heute seinen jüdischen Glauben aus? Jeden Freitag trifft er sich zum Shabes-Abendessen und geht an Sabbat und hohen Feiertagen in die Synagoge. Er ist nicht orthodox. Auch trägt Umanski keine Kippa. Seine Davidsternkette hat er aber stets um den Hals. „Sie ist ein Teil von mir. Das ist prinzipiell.“ Früher hatte er überhaupt keine Sorgen die Kette offen zu tragen, aber mittlerweile fragt er sich, ob er sie nicht doch lieber versteckt tragen sollte, um Anfeindungen zu meiden. Umanski betont, dass es in Deutschland nicht viele Menschen gibt, die offen eine Kippa oder den Tallit tragen. Die meisten von ihnen, das weiß er, waren deshalb schon Anfeindungen ausgesetzt. Jüdische Feste sind für Umanski ein Safe Space genauso wie der Besuch der Synagoge. „Dort ist man in einer Gemeinschaft und fühlt sich wohl“, betont er. Auch sonst ist das Judentum ständiger Begleiter in seinem Alltag, ob durch Freunde oder die Studiengemeinschaft, dort fühlt er sich nie fremd.

„Inspiziert durch unsere jüdischen und demokratischen Werte bestärken wir junge Jüdinnen und Juden, ihre gesellschaftspolitischen Interessen zu diskutieren, zu bündeln und eröffnen breite Möglichkeiten, diese durch gemeinschaftliches Handeln in jüdische Institutionen als auch in die Gesamtgesellschaft einzubringen.“ Dafür setzt sich Umanski gerne ein. Ein junger jüdischer Mann, verankert in der deutschen Gesellschaft.

2.6 Projekt zur Integration jüdischer Zugewanderter – Gemeindecoaching



Das Gemeindecoaching ist ein Angebot des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZdJ) an jüdische Gemeinden. Dabei sollen die Gemeinden in ihrer Zukunftsgestaltung begleitet und unterstützt werden. Durch eine gezielte Analyse sollen im Laufe des Coachings gemeinsam Lösungsansätze entwickelt und danach zur Umsetzung gebracht werden.

Ziel ist dabei, Strategien zur Stärkung von Gemeindestrukturen zu entwickeln und die Gemeinden in eine nachhaltige Zukunft zu begleiten.

Das Gemeindecoaching richtet sich an Landesverbände der jüdischen Gemeinden, jüdische Gemeinden sowie an einzelne Institutionen oder Projekte innerhalb dieser Organisationen. Es gibt insgesamt vier verschiedene Projektphasen. Diese setzen sich aus strategischer Situationsanalyse, einem Aktionsplan, Implementierung und der Evaluation zusammen.

Im Laufe des Projekts erhalten die Gemeinden unter anderem auch eine intensive Begleitung durch langfristige Entwicklungsprozesse und das nötige Know-how hierzu, Zugang zu einem breiten Austauschnetzwerk sowie passgenaue Fortbildungsmaßnahmen.

2.7 Kurzinterview Gemeindecosting: Dr. Elisabeth Schlesinger



Dr. Elisabeth Schlesinger

Quelle: © Till Schmidt

Dr. Elisabeth Schlesinger ist Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Oldenburg. Im BAMF-Interview berichtet sie über ihre Erfahrungen mit dem Gemeindecosting und erklärt, inwieweit die jüdische Zuwanderung eine Bedeutung für das Gemeindeleben hat.

1. Wie gestaltet sich das Gemeindecosting bei Ihnen in Oldenburg?

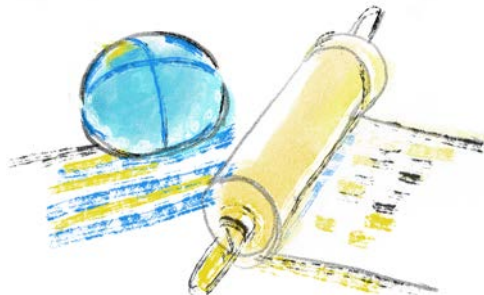
Am Anfang des Gemeindecostings stand eine Serie mit Interviews. Wir haben 30 Personen aus unserem Umfeld gewinnen können, Fragen zu beantworten: jüngere und ältere Gemeindemitglieder, Menschen, die ausgetreten sind, Menschen, die jüdisch sind, aber nicht am Gemeindeleben teilnehmen. Die Antworten sind vom Costing-Team analysiert worden: Wo sind Stärken, wo sind Schwachpunkte unserer Gemeinde. Es ist wichtig, einen Blick von außen zu bekommen. Und das war sehr hilfreich. Insgesamt fiel die Bilanz nach den Interviews positiv aus. Die wesentlichen Kernbereiche funktionieren, laufen gut. Aber es gibt natürlich auch Bereiche, die verbessert werden können. Und daran arbeiten wir.

2. Was sind die Stärken Ihrer Gemeinde?

Eine warme Willkommensatmosphäre. Die Leute schätzen, dass der Vorstand sich verantwortlich fühlt. Das Rabbinat hat großen Zuspruch gefunden. Und, dass die wesentlichen Strukturen, die die jüdische Gemeinde vorhalten muss, funktionieren: laufender Gottesdienstbetrieb, die Erfüllung religiöser Bedürfnisse, Bestattungswesen und soziale Arbeiten. Wir haben einen großen Stamm an ehrenamtlichen Mitgliedern, ein gut ausgebildetes Laienteam.

3. Inwieweit hat die jüdische Zuwanderung für Ihr Gemeindeleben und das Gemeindecosting eine Bedeutung?

Das Gemeindeleben, so wie wir es leben, wäre ohne die Zuwanderung nicht möglich gewesen. Viele jüdische Gemeinden sind dadurch vom Aussterben bewahrt worden. Das ist hier bei uns auch nicht anders. Ich denke, dass die jüdische Zuwanderung insgesamt und die Wiederbelebung des jüdischen Lebens für die deutsche Gesellschaft fruchtbar ist. Wir haben viele ältere Ehrenamtliche, die zugewandert sind und sich um verschiedene Bereiche kümmern. Sie haben mehr oder weniger Sprachbarrieren. Die Zukunft ist aber nicht russischsprachig, sondern liegt in der Integration. Wir dürfen die älteren zugewanderten Gemeindeglieder, die nicht mehr gut Deutsch lernen werden können, aber nicht vergessen. Daher ist die Einbindung und Förderung der Älteren wichtig für unsere Gemeindearbeit. Doch auch die Förderung der jüngeren Gemeindeglieder ist elementar.



2.8 Kurzinterview Gemeindecosting: Anja Olejnik



Anja Olejnik

Quelle: © ZDJ/Leon Spanier

Anja Olejnik ist Leiterin des Projekts Gemeindecosting beim Zentralrat der Juden in Deutschland. Im BAMF-Interview spricht sie über Ziele und Kernpunkte des Gemeindecosting und ihre Wünsche für die Zukunft jüdischen Lebens und jüdischer Gemeinden in Deutschland. Das Projekt Gemeindecosting wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie vom Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert.

1. Was ist das Ziel des Gemeindecosting?

FÜR uns ist das Gemeindecosting ein Prozess – sowohl in den einzelnen Gemeinden als auch in der jüdischen Gemeinschaft. Wir wollen möglichst viele Mitarbeitende, Führungskräfte, Ehrenamtliche, Gemeindeglieder, Organisationen und weitere Menschen, die Berührungspunkte haben, mit unserem Angebot erreichen. Wir wollen mit ihnen Zukunftsvisionen entwickeln – und gemeinsam die Frage stellen: Wie können die Gemeinden in zehn Jahren aussehen? Dabei wollen wir unterstützen und motivieren, ermutigen und begleiten. Die Vielfalt der jüdischen Gemeinden, die wir in Deutschland haben, soll mehr widerspiegelt werden. Es braucht mehr niedrigschwellige Angebote für unter-

schiedliche Menschen – dass sie Anknüpfungspunkte zu ihrer jüdischen Identität finden, egal, wo sie stehen. Auch die Möglichkeit der aktiven Mitgestaltung ist wichtig – die Gestaltung der Zukunft liegt in der Verantwortung der Menschen, und ist Aufgabe für alle, denen die jüdische Gemeinschaft am Herzen liegt.

**2. Einer der Kernpunkte des Gemeindecocoachings ist Partizipation.
Wie gestaltet sich diese und warum ist diese so wichtig?**

Wir schreiben das Wort Partizipation bei unserer Konzeption sehr groß. Das beginnt in der ersten Projektphase. In dieser Phase analysieren wir die Situation in den Gemeinden und entwickeln strategische Handlungsempfehlungen. Wir führen Gespräche mit einer breiten Gruppe rund um die Gemeinde: jung, alt, Mitglieder und Nichtmitglieder. Wie nehmen sie die Gemeinde wahr? Was bedeutet sie ihnen? Was wünschen sie sich? Wir führen rund 35 Gespräche, in großen Gemeinden können es deutlich mehr sein. Wir laden die gesamte Gemeinde ein, sich zur Zukunft und auch zur jetzigen Situation zu äußern. Darauf aufbauend geben wir Empfehlungen. Nach der Analyse beziehen wir unterschiedliche Gruppen aktiv in Prozesse ein: In der Erarbeitung der Strategien und durch Fokusgruppen. Wir führen Gruppengespräche und veranstalten Workshops. Wir wollen das vorhandene Potenzial nutzen und maximieren.

3. Was wünschen Sie sich für die Zukunft des jüdischen Lebens und der jüdischen Gemeinden in Deutschland?

Ich wünsche mir Gemeinden in Deutschland, die für uns alle – egal, woher wir kommen und egal, wie wir Jüdischsein verstehen – ein Zuhause sind. Es soll ein sicheres Zuhause sein, in dem sich alle wohlfühlen können. Ich möchte Gemeinden, die für unser Leben relevant sind, in denen wir uns engagieren und für etwas Sinnvolles einsetzen können. Das ist, woran wir aktiv arbeiten. Ich wünsche mir starke Verbindungen in unseren Städten und mit der Zivilgesellschaft – ein gutes Miteinander. Ich bin, was die Zukunft angeht, trotz allem optimistisch. Wir fangen nicht am Anfang an. Es gibt unglaublich engagierte Menschen in den Gemeinden. Hier können wir weiterbauen. Wir haben eine Zukunft.

2.9 Gemeindecaching: Zitate Teilnehmender



Die Gemeinde ist etwas ganz Besonderes.
Wir beten einfach zusammen und alle sind sehr
aktiv. Wir versuchen auch so viele Leute wie
möglich in unseren Gottesdienst einzubeziehen,
sodass sich jeder gut aufgehoben fühlt.

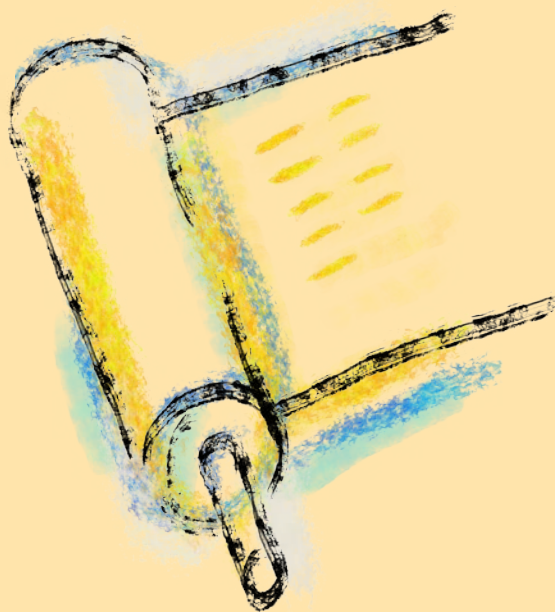
Gemeindemitglied (Jahrgang 1969) aus Oldenburg

Die Gemeinde ist ein sehr bunter,
gemischter und internationaler Ort.
Sie ist für viele Menschen wirklich wie ein
kleines Zuhause hier in Oldenburg.
Das fühlt sich unwahrscheinlich gut an.

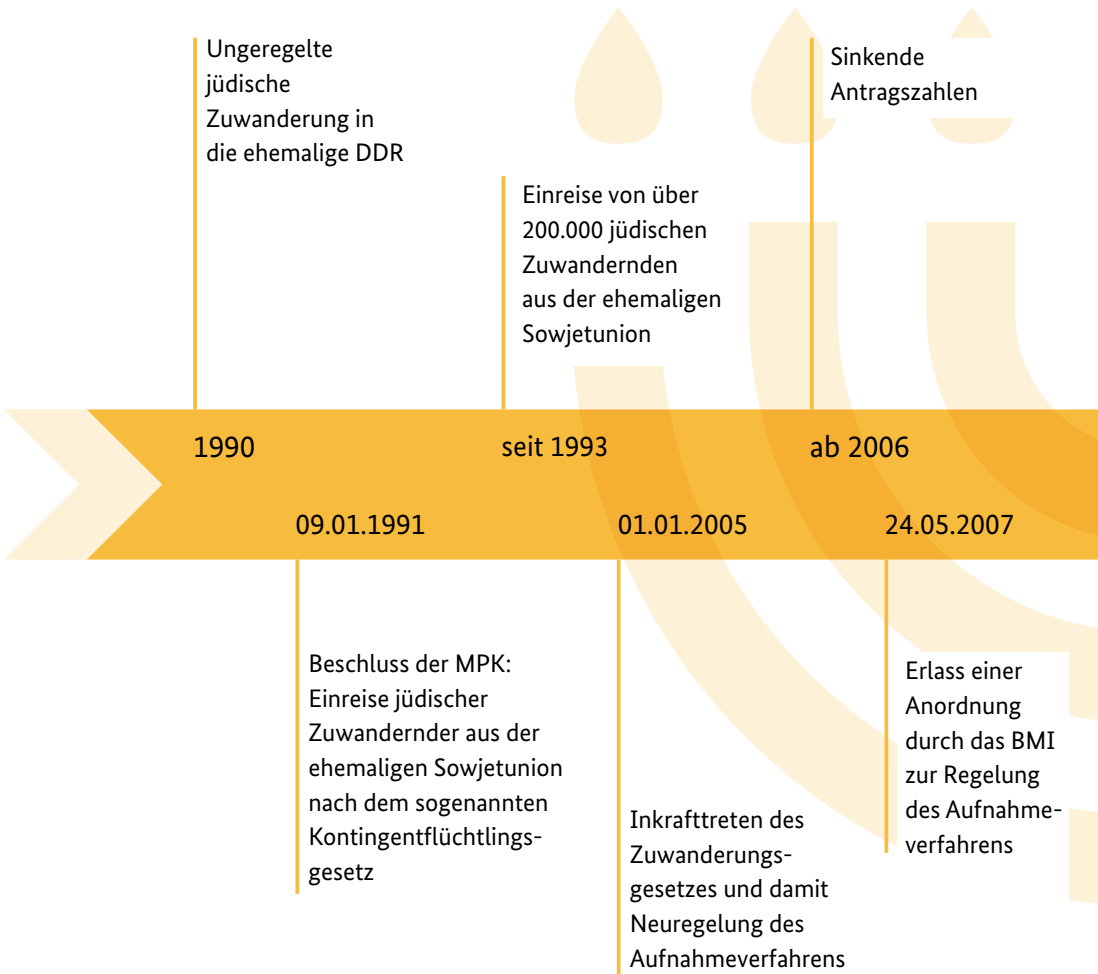
Gemeindemitglied (Jahrgang 1974) aus Oldenburg



3. Grafiken



3.1 Jüdische Zuwanderung aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland





3.2 Zehn Fakten, die Sie über jüdische Zuwandernde aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wissen sollten

1

Seit 30 Jahren gibt es das Verfahren für jüdische Zuwandernde aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Mehr als 200.000 Menschen kamen in diesen 30 Jahren im Rahmen des Verfahrens nach Deutschland.



2

Gesetzesgrundlage



- **1991–2004:** Aufnahme jüdischer Zuwandernder aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion analog zum Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge (sogenanntes Kontingentflüchtlingsgesetz)
- **Seit 2005** § 23 Abs. 2, 75 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) i. V. m. Nr. II 1. der Anordnung des Bundesministeriums des Innern vom 24. Mai 2007

3

Einziges
Zuwanderungs-
verfahren in
Deutschland
mit einem
Punktesystem

dieses resultiert in einer Integrationsprognose

6

Großes Anliegen des Bundesamtes ist die

Förderung von
Projekten zur
Integration
von jüdischen
Zuwandernden,

die aus einer Vielzahl von Integrationsaktivitäten bestehen.

7

Eine Auswahl an jüdischen Zuwandernden, die auch das kulturelle und politische Leben in Deutschland bereichern:

LANA LUX
PUBLIZISTIN

VLADIMIR
KAMINER
SCHRIFTSTELLER

DMITRIJ BELKIN
WISSENSCHAFTLER

LENA GORELIK
PUBLIZISTIN

MARINA WEISBAND
POLITIKERIN

DANIEL DONSKOY
SCHAUSPIELER

IGOR LEVIT
PIANIST

DR. SERGEY
LAGODINSKY
MDEP

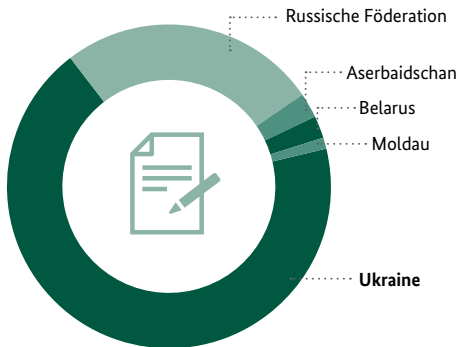
8

Top-5-Bundesländer
unter jüdischen
Zuwandernden:



4

Aus diesen Ländern wurden die meisten Anträge zwischen 2015 und 2020 gestellt:



5

Jüdische Gemeinden in Deutschland

Vor 1990: rd. 50 jüdische Gemeinden mit etwa 26.000 Mitgliedern in der BRD und fünf Gemeinden mit knapp 500 Mitgliedern in der DDR



2020: 119 jüdische Gemeinden in Deutschland, davon sind 104 Mitglied beim Zentralrat der Juden und 26 bei der Union Progressiver Juden. Einige Gemeinden sind Mitglieder in beiden Organisationen.

9



Was ist neu in 2021:

- Amtseinführung eines **Militärrabbiners**
- Universitäten bieten **alternative Termine für Prüfungen** an, wenn der Prüfungstag auf einen jüdischen Feiertag fällt

10

Wichtige jüdische Feiertage

Der Sabbat – wichtigster Feiertag im Judentum ist der wöchentliche Ruhetag

Jom Kippur – der Versöhnungstag

Pessach – Befreiung aus der Sklaverei und Auszug aus Ägypten

Rosh Haschana – Neujahrsfest

Sukkot – Laubhüttenfest

Chanukka – Lichterfest



2 Bayern

Notizen





A series of 14 horizontal lines spanning the width of the page, intended for handwriting practice.

Impressum

Herausgeber:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand:
09/2022

Druck:
Silber Druck oHG, Lohfelden

Gestaltung:
MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Bildnachweis:
Fotos: © BAMF (Seite 5), © iStock | golero (Seite 10), © iStock | Alex Potemkin (Seite 16),
© Landesverband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein (Seiten 18, 21, 22),
© privat (Seite 24), © adobe stock/ungvar (Seite 27), © Dr. Clemens Tangerding (Seite 30);
Illustrationen: Juan Francisco González

Bestellmöglichkeit:
Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.



Besuchen Sie uns auf
www.facebook.com/bamf.socialmedia
[@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)
www.bamf.de

